



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Fairnesspaket zur Gemeinderatswahl – Politikerfreie Stadtmedien bis 25. Jänner 2026

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die Gemeinderatsfraktionen wurden kürzlich darüber informiert, dass bis Ende Jänner keine Parteienbeiträge im „St. Pölten konkret“ veröffentlicht werden. Diese Entscheidung wurde ohne vorherige Abstimmung oder Begründung getroffen und betrifft ausschließlich die Opposition, nicht aber die laufende öffentliche Kommunikation der Stadtregierung. Um sicherzustellen, dass alle demokratischen Kräfte im Wahlkampf dieselben Rahmenbedingungen vorfinden, ist es notwendig, klare und faire Regeln für sämtliche offiziellen Kommunikationskanäle der Stadt festzulegen.

Wenn politische Neutralität als Argument für den Ausschluss von Parteien aus „St. Pölten konkret“ herangezogen wird, muss diese Neutralität umfassend, konsequent und für alle gelten – unabhängig davon, welche Partei die Stadtregierung stellt.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird aufgefordert, bis zur Gemeinderatswahl folgende Grundsätze in der offiziellen Kommunikationsarbeit zu beachten:

- Sämtliche offiziellen Kanäle der Stadt (insbesondere „St. Pölten konkret“, die städtische Homepage, Pressearbeit sowie Social-Media-Auftritte) bleiben bis zur Wahl politikerfrei.
- Es erfolgen keine Fotos, Namensnennungen oder inhaltlichen Hervorhebungen von amtierenden politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern oder parteinahen Organisationen.
- Rechtlich notwendige Mitteilungen des Bürgermeisters sowie gesetzlich vorgeschriebene Informationen sind ausdrücklich ausgenommen.
- Die Regelungen gelten für alle politischen Kräfte gleichermaßen und sollen der Herstellung eines fairen, transparenten und ausgeglichenen Wahlumfelds dienen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verbesserung der Betreuungsquote für 0-2-Jährige in St. Pölten

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

St. Pölten weist derzeit die niedrigste Betreuungsquote für Kinder unter zwei Jahren in ganz Niederösterreich auf. Dies führt zu massiven Herausforderungen für Familien sowie zu Standortnachteilen für die Stadt. Die St. Pöltner Volkspartei setzt es sich daher zum Ziel, die Betreuungsquote in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen und damit Familien und insbesondere den Müttern echte Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu ermöglichen.

Um den Ausbau der Kleinkindbetreuung in den kommenden Jahren deutlich voranzubringen, braucht es ein umfassendes Konzept, das auf das Wachstum der Stadt in den letzten Jahren eingeht. Um dem zukünftigen Gemeinderat im kommenden Jahr eine praktikable Entscheidungsgrundlage zu liefern, soll die zuständige Fachabteilung im Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten eine Arbeitsgruppe einrichten, in der neben Vertretern der Gemeinderatsfraktionen auch Vertreter des Landes NÖ sowie privater Trägerorganisationen – wie etwa dem Familienbund – eingebunden sind. Neben fundierter Erhebung möglicher Standorte, Kapazitäten und Umsetzungsmodelle soll auch die Finanzierung des Ausbaus besprochen werden.

Ebenfalls Teil dieser Gespräche soll die Weiterentwicklung des sonderpädagogischen Angebots in der Kinderbetreuung werden, um Eltern in besonders herausfordernden Situationen besonders zu unterstützen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Juni 2026 eine umfassende Entscheidungsgrundlage für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung (0-2 Jahre) vorzulegen, einschließlich Standortoptionen, Bedarfsanalysen und Varianten zur Verbesserung der Betreuungsquote inklusive Kostenschätzungen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Breitbandausbau in allen Teilen St. Pöltens vorantreiben

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Glasfaserausbau in der Landeshauptstadt zeigt große Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Während einige Gebiete bereits versorgt sind, liegen andere – insbesondere im ländlichen Raum – weiterhin deutlich unter zeitgemäßen Bandbreiten.

Aktuell wird der Ausbau durch unterschiedliche Fördermodelle, getrennte Zeitpläne sowie mangelnde Abstimmung zwischen Fördergebern und Fördernehmern verlangsamt. Damit Chancen nicht ungenutzt verstreichen – wie etwa in Wasserburg, wo notwendige Tiefbauarbeiten parallel zu Kanal- und Wasserprojekten nicht genutzt wurden – braucht es ein klares, gesamtstädtisches und abgestimmtes Vorgehen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, gemeinsam mit sämtlichen relevanten Fördergebern (Bund, Land, Breitbandgesellschaften) und Fördernehmern (insbesondere A1 Open Fiber GmbH und weitere Infrastrukturträger) ein abgestimmtes Gesamtkonzept für den flächendeckenden Glasfaserausbau zu erarbeiten.

Dieses Konzept soll sicherstellen, dass Ausbau- und Förderschritte zeitlich aufeinander abgestimmt werden, dass bestehende Tiefbaufenster – insbesondere bei gleichzeitigen Leitungs-, Kanal- oder Wasserbauarbeiten – fix genutzt werden und dass für jene Stadtteile, die aktuell deutlich unterversorgt sind, klare Ausbauprioritäten und verbindliche Zeithorizonte definiert werden.

Das Konzept ist dem Gemeinderat bis September 2026 zur Entscheidung vorzulegen.

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Machbarkeitsstudie zur infrastrukturellen Erneuerung des SV Ratzersdorf

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der SV Ratzersdorf ist für den Stadtteil ein zentraler Verein – sowohl im Hinblick auf Jugendförderung als auch auf das Zusammenleben und die Identifikation im Stadtteil. Die Infrastruktur weist jedoch teilweise erheblichen Erneuerungs- und Verbesserungsbedarf auf. Für eine sachlich fundierte Entscheidung über Investitionen in der kommenden Arbeitsperiode des Gemeinderats ist eine Projektstudie nötig, die bauliche, finanzielle und zeitliche Varianten gegenüberstellt.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis September 2026 eine Projektstudie inklusive Kostenschätzungen, Prioritätenreihung und potenziellen Förderkulissen zur infrastrukturellen Ertüchtigung der Sportanlage gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des SV Ratzersdorf zu erstellen und vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verbesserung der Radverkehrssicherheit zwischen E-Werk-Weg und Bimbo-Binder-Promenade

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Abschnitt zwischen E-Werk-Weg und Bimbo-Binder-Promenade ist häufig Schauplatz unklarer Verkehrssituationen, die zu Gefährdungen von Radfahrerinnen und Radfahrern führen. Eine verkehrstechnische Neubewertung ist notwendig, um praktikable und sichere Lösungen zu entwickeln.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl eine Analyse der verkehrlichen Situation sowie Vorschläge für eine optimierte, sichere Radverkehrsführung und angepasste Markierung in diesem Bereich vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Verbesserung der Straßeninstandhaltung am Keltenweg in Ratzersdorf

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Keltenweg ist eine wichtige Erschließungsstraße im Stadtteil Ratzersdorf, weist jedoch deutliche Schäden und Abnutzungen auf. Um notwendige Sanierungsmaßnahmen zielgerichtet und priorisiert umsetzen zu können, ist eine aktuelle Zustandsaufnahme erforderlich.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 eine umfassende Bestands- und Zustandsanalyse des Keltenwegs vorzulegen, welche auch mögliche Sanierungsvarianten, Zeitpläne und Kosteneinschätzungen umfasst.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Einführung eines digitalen Zutrittssystems zu St. Pöltner Wertstoffsammelzentren

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Für viele berufstätige Menschen sind die Öffnungszeiten der Wertstoffsammelzentren eine Hürde. Diese sind wochentags bis maximal 16.45 Uhr und samstags bis 13.45 Uhr geöffnet. Moderne Zutritts- und Überwachungssysteme ermöglichen heute eine deutliche Ausweitung der Übernahmezeiten, wie ihn zahlreiche Gemeinden bereits erfolgreich praktizieren. Um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und illegale Ablagerungen zu vermeiden, braucht St. Pölten ebenfalls ein zeitgerechtes Modell.

Ein weiterer Punkt, bei dem es Verbesserungen braucht, ist der Umgang mit Fallwild und Seuchenwild. Seit längerem wird darüber diskutiert wie Tiere, die bei Wildunfällen getötet werden oder die an einer Tierseuche verenden, bis zur Kadaververwertung aufbewahrt werden können. Private Kühlräume von Jägern eignen sich dafür nicht. Es wird daher vorgeschlagen, in einem der Wertstoffsammelzentren eine derartige Abgabestelle zu schaffen, die ebenfalls elektronisch zugänglich gemacht wird.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 ein Konzept für eine deutliche Ausweitung des Zugangs zu den Altstoffsammelzentren – einschließlich Zutrittskontrollen, Kamerasystemen, Kosten und allfälligen Fördermöglichkeiten – vorzulegen.
- 2) Gemeinsam mit der St. Pöltner Jägerschaft ein Konzept zur Abgabe von Fall- und Seuchenwild auszuarbeiten, dass den Anforderungen des Seuchenschutzes entspricht und die derzeitige Situation deutlich verbessert.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verbesserung des Durchflusses des Nadelbachs unter der Landesstraße

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Immer wieder kommt es im Bereich des Nadelbach-Durchlasses zu Rückstauungen und Überflutungen. Um für künftige Starkregenereignisse gewappnet zu sein, ist eine hydrologische Untersuchung notwendig, die Engstellen und mögliche Maßnahmen klar benennt.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Juni 2026 eine hydrologische Begutachtung des Nadelbach-Durchlasses unter der Landesstraße samt konkreten Handlungsempfehlungen und Kostenabschätzung vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Abbau von Barrieren in der Mobilität und Einführung eines „Barrierefrei-Checks“

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Eine bestehende Kante am Radweg über den Europaplatz auf der Seite des „Windfängers“ stellt für Radfahrerinnen und Radfahrer nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine unnötige Gefahrenquelle dar.

Sie ist jedoch nur eine der vielen baulichen Barrieren, die im Alltag nicht nur die Radfahrerinnen und Radfahrer, sondern vor allem Menschen mit Behinderung, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Familien mit Kinderwägen vor Herausforderungen stellen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, die notwendigen Arbeiten an der konkreten Problemstelle bis Ende April zu erledigen und die vorliegende „Kante“ am Radweg über den Europaplatz zu beseitigen.
- 2) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis September 2026 einen Etappenplan für die Beseitigung von Barrieren insbesondere an Kreuzungen und bei Öffi-Haltestellen vorzulegen. Darüber hinaus sollen Tiefbauprojekte zukünftig einem „Barrierefrei-Check“ unterzogen werden und die Ergebnisse Teil des Amtsberichts bei der Beschlussfassung von Projekten im Stadt- und Gemeinderat sein.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Erstellung eines Sanierungskonzepts für Güterwege

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Güterwege sind wichtige Verbindungen für die Landwirtschaft, um ihre Äcker bewirtschaften zu können. Viele dieser Wege weisen deutliche Abnutzungen auf, da die Stadtregierung in den letzten Jahren kaum in die Erhaltung dieser Wege investiert hat. Um die zukünftige Planung effizient und finanzierbar zu machen, braucht es ein strukturiertes Gesamtkonzept.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 ein umfassendes Sanierungs- und Priorisierungskonzept für das Güterwegenetz im Stadtgebiet vorzulegen und mit Fördergebern sowie Vertreterinnen bzw. Vertretern der Bezirksbauernkammer abzustimmen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Attraktivierung des Spielplatzes in Pummersdorf

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die Entfernung der Netzschaukel ohne adäquaten Ersatz hat die Attraktivität des Spielplatzes in Pummersdorf spürbar reduziert. Für Familien bedeutet dies einen Verlust an Aufenthaltsqualität. Es soll geprüft werden, wie der Spielplatz zeitnah und nachhaltig aufgewertet werden kann.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl Varianten zur Attraktivierung des Spielplatzes in Pummersdorf, inklusive möglicher neuer Spielgeräte, vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Sicherheitskonzept für Fußgänger in Pummersdorf

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Rund um die Bushaltestelle in Pummersdorf bewegen sich täglich mehrere Kinder direkt entlang der Straße. Zur Erhöhung der Sicherheit braucht es kurzfristig eine fundierte Analyse der Situation und darauf basierende Maßnahmen, wie etwa eine Temporeduktion oder ähnliches.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl ein Sicherheits- und Verbesserungsmaßnahmenpaket für den Fußgängerverkehr rund um die Bushaltestelle in Pummersdorf vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Maßnahmen gegen Raserei im Gewerbegebiet NOE Central

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

An Wochenenden und in den Tagesrandzeiten gibt es immer wieder Beschwerden über quietschende Reifen, Raserei und damit einhergehende Gefährdungen im Gewerbegebiet NOE Central. Zielgerichtete Verkehrs- und Überwachungsmaßnahmen erscheinen notwendig, um die Situation zu entschärfen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtpolizeikommando St. Pölten bis April 2026 ein Maßnahmenkonzept gegen illegales Rasen und Lärmbelästigungen im IZ Süd – inklusive Überwachung, baulicher Maßnahmen und Kooperationen mit der Sicherheitsbehörde – vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Begleitweg der ÖBB zwischen St. Georgen – Ganzendorf – Wilhelmsburg zur Straße ertüchtigen

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Mit der Schließung des Bahnübergangs an der B20 am südwestlichen Ende der Koschatgasse in der Höhe von Ganzendorf wurde Sicherheitsbedenken Rechnung getragen, jedoch die Verbindung nach Ganzendorf erschwert. Lokale Produzenten haben das in den letzten Jahren immer wieder kritisiert. Um die Situation zu verbessern wird vorgeschlagen, den bestehenden ÖBB-Begleitweg zwischen Ganzendorf (Koschatgasse) und der Industriezone Burgerfeld in Wilhelmsburg zu nutzen und zu einer Gemeindestraße auszubauen, um eine geregelte Zufahrtsmöglichkeit aus Süden zu erlauben. Eine Zusammenarbeit mit der ÖBB könnte hier eine sichere und alltagstaugliche Verbindung schaffen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis September 2026 gemeinsam mit den ÖBB sowie der Stadtgemeinde Wilhelmsburg Varianten für die Adaptierung des Begleitweges zu einer verkehrstauglichen Straße zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Öffentliche Nutzung der WC-Anlagen beim Friedhof St. Georgen & Aufstellung von Kerzenautomaten bei den städtischen Friedhöfen

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die Infrastruktur rund um den Friedhof St. Georgen ist für viele Menschen wichtig. Derzeit sind die WC-Anlagen jedoch versperrt und somit für Besucherinnen und Besucher nicht nutzbar. Eine Öffnung nach modernen Standards ist sinnvoll und umsetzbar.

Viele Menschen wünschen sich darüber hinaus auch eine einfache Möglichkeit, beim Friedhof in St. Georgen Kerzen zu erwerben. Ein Kerzenautomat ist eine niederschwellige und kostengünstige Lösung, die bereits an anderen Friedhöfen erfolgreich eingesetzt wird.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl ein Konzept zur alltagstauglichen Nutzbarmachung der WC-Anlagen beim Friedhof St. Georgen für die Öffentlichkeit vorzulegen.
- 2) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl gemeinsam mit privaten Betreibern Vorschläge für Standorte, die Umsetzung und einen Überblick über die Kosten je eines Kerzenautomaten bei den Friedhöfen in den Stadtteilen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verlängerung des Radwegs entlang der B20 bis St. Georgen

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die bestehende Radinfrastruktur endet derzeit auf der B20 und zwingt Radfahrerinnen und Radfahrer, die in Richtung St. Georgen unterwegs sind, in einen Bereich ohne gesicherte Verbindung. Der Bau eines Radwegs von der Unterführung Ochsenburger Straße bis zur Waldmüllerstraße, um vor dort aus im Siedlungsgebiet weiterfahren zu können, würde die Sicherheit und Attraktivität erhöhen und eine Alltagsverbindung stärken.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 Varianten zur Errichtung eines Radwegs von der Ochsenburger Straße entlang der B20 bis nach St. Georgen auszuarbeiten.

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Öffentliche WC-Anlage für den Kirchenplatz in Pottenbrunn

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Seit der Schließung des Gasthauses am Kirchenplatz gibt es für Kirchenbesucherinnen und -besucher keine Möglichkeit mehr, eine Toilettenanlage zu benützen. Die Pfarre wäre bereit eine WC-Anlage zu errichten und zu betreuen, ist dabei jedoch auf die Anbindung an die städtische Infrastruktur im Blick auf Abwasser, Wasser und Strom angewiesen. Gespräche dazu laufen seit mehreren Jahren.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Juni 2026 gemeinsam mit der Pfarre ein Projekt vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Temporeduktion und Überwachungsmaßnahmen im Bereich Kindergarten Troergasse

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Kindergarten Troergasse liegt in einem Bereich mit hohem Fußgänger- und Kinderverkehr. Immer wieder wird berichtet, dass Fahrzeuge zu schnell unterwegs sind. Zum Schutz der Kinder ist eine Prüfung notwendiger Verkehrsmaßnahmen dringend erforderlich.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl geeignete Varianten zur Temporeduktion und Verkehrsüberwachung im Umfeld des Kindergartens Troergasse vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Sicherere Radverbindung zwischen Radlberg und Pottenbrunn

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die Strecke zwischen Radlberg und Pottenbrunn weist mehrere Engstellen und Gefahrenpunkte auf. Speziell die Überquerung der beiden Brückenbauten über die S33 und die Traisen sowie die geplante Unterführung unter der Tullnerbahn sind hier anzuführen. Eine abgestimmte Lösung zwischen Stadt, Landesstraßenverwaltung, den ÖBB und ASFINAG ist notwendig, um eine sichere Alltagsradverbindung zu schaffen, die seit vielen Jahren gefordert wird, da sich auch Einkaufsmöglichkeiten, die Mittelschule oder Ärzte und Apotheken in Pottenbrunn befinden.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Oktober 2026 gemeinsam mit der Landesstraßenverwaltung, den ÖBB und der ASFINAG Varianten zur Verbesserung der Radverbindung Radlberg–Pottenbrunn zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Frühzeitige Einbindung der Anrainer beim Ausbau der Bahnstrecke St. Pölten-Herzogenburg

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Mit Bescheid vom 16. Oktober 2025 wurde die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen St. Pölten und Herzogenburg festgestellt. Im öffentlich einsehbaren Bescheid ist nicht nur erstmals die geplante Unterführung für die Tullnerbahn an der L 5073 zwischen Unterradlberg und Pottenbrunn ersichtlich. Auch die Auflassung der Haltestelle in Oberradlberg wird als eine der weiteren Maßnahmen thematisiert. Betroffen sind jedenfalls Bewohnerinnen und Bewohner von Radlberg über Viehofen bis zur Ausiedlung / Herzogenburgerstraße nördlich der Westbahn.

Die geplanten Änderungen werfen gerade im Blick auf den Wegfall von Haltestellen und Querungsmöglichkeiten Fragen in der Bevölkerung auf, die so rasch als möglich beantwortet werden müssen.

Gleichzeitig eröffnet der Umbau der Strecke die Möglichkeit über einen Radweg, der begleitend zur Bahnstrecke Radlberg mit Viehofen und dem Stadtgebiet verbinden könnte, nachzudenken.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, gemeinsam mit den ÖBB die vom Ausbau der Bahnstrecke St. Pölten – Herzogenburg Bürgerinnen und Bürger bis April 2026 über die grundlegenden Planungen zu informieren, Vorschläge und Bedenken – speziell im Blick auf mögliche Erschwernisse bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen – aufzunehmen und im Planungsprozess einzuarbeiten.
- 2) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, mit den ÖBB Gespräche über die Möglichkeiten zur Errichtung eines begleitenden Radwegs aufzunehmen und dem Gemeinderat bis April 2026 über den Verlauf dieser Gespräche zu informieren.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Verbesserung der Sicherheitssituation bei der Eisbergspitze

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Abschnitt der Kunrathstraße beim Motorikpark und der angrenzenden Wohnsiedlung wird stark von Familien und Kindern frequentiert, die vor Ort wohnen oder ihre Freizeit verbringen. Mit der gestiegenen Anzahl an Fußgängerinnen und -gängern an der Kunrathstraße in Verbindung mit dem Autoverkehr entstehen immer wieder schwierige Verkehrssituationen. Aus diesem Grund kam in der Bevölkerung immer wieder der Wunsch auf, Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit, wie etwa eine Temporeduktion oder die Errichtung von Querungshilfen, umzusetzen. Eine Erleichterung der Situation wird von den Anrainerinnen und Anrainern auch durch eine geordnete Stellplatzsituation erwartet, die deshalb ebenfalls Teil des Antrags ist.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis April 2026 Maßnahmenvorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im genannten Bereich vorzulegen. Die Prüfung hat unter anderem eine Temporeduktion auf 40 bzw. 30 km/h und die Errichtung von Querungshilfen bzw. eines Schutzweges zu umfassen. Auch Ablehnungen sind zu begründen.
- 2) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis April 2026 Varianten zur Erweiterung und strukturierten Gestaltung der Stellplätze entlang der Kunrathstraße vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verstärkte Tempokontrollen am Kupferbrunnberg

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Anrainerinnen und Anrainer berichten regelmäßig von überhöhten Geschwindigkeiten am Kupferbrunnberg, speziell in der Dr. Karl Reinthaler-Gasse. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wird eine Evaluierung verstärkter Kontrollen oder ergänzender baulicher Maßnahmen gefordert, da in der Gasse über weite Strecken kein Gehsteig vorhanden ist, jedoch der Fußgängeranteil sehr hoch ist.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl Vorschläge für verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung und ergänzende Maßnahmen am Kupferbrunnberg vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Prokopstraße / Florianiweg

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die aktuelle Vorrangregelung an der Kreuzung Prokopstraße / Florianiweg führt immer wieder zu gefährlichen Situationen und Unsicherheiten. Eine fachliche Überprüfung der Verkehrslösung ist notwendig, um künftige Unfälle zu vermeiden.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl Varianten zur Entschärfung der Kreuzung Prokopstraße / Florianiweg vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Prüfung einer Radwegquerung über die B1 und Durchwegung des Parks Richtung Alpenbahnhof

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Sowohl der Radverkehr als auch der Fußgängerverkehr profitieren von durchgehenden, sicheren Verbindungen. Die derzeitige Verschwenkung des Radwegs an der Kunrathstraße vom Geh- und Radweg über die Straße bei der Kreuzung zur B1 ist unpraktisch und führt zu Unsicherheiten. Gleichzeitig wünschen Bürgerinnen und Bürger ganzjährige Durchwegungslösungen im Parkbereich Richtung Alpenbahnhof.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Juni 2026 Varianten zur direkten Radwegquerung über die B1 auf dem Geh- und Radweg sowie Möglichkeiten einer ganzjährigen Durchwegung des Parks in Richtung Alpenbahnhof zu prüfen und dem Gemeinderat vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Barrierefreie Umgestaltung der Fußgängerunterführung **Grillparzerstraße/Werkstättenstraße**

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die bestehende Unterführung ist weder für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen noch für Radfahrerinnen und Radfahrer barrierefrei nutzbar. Besonders für Schülerinnen und Schüler ist die Situation unbefriedigend. Eine barrierefreie Lösung ist im Sinne der Inklusion und Sicherheit dringend zu prüfen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, gemeinsam mit den ÖBB bis September 2026 Varianten und Kosten für einen barrierefreien Umbau der Fußgängerunterführung Grillparzerstraße/Werkstättenstraße vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Sanierung des Geh- und Radwegs an der Kremser Landstraße

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Viele Nutzerinnen und Nutzer weisen auf den zunehmend schlechten Zustand des Geh- und Radwegs an der Kremser Landstraße hin. Eine grundlegende Verbesserung würde Sicherheit und Komfort deutlich erhöhen. Um möglichst rasch mit den Arbeiten starten zu können, sollen nun entsprechende Pläne erarbeitet werden.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis zur ersten Arbeitssitzung nach der Gemeinderatswahl eine Zustandsanalyse und Sanierungsvarianten für den Radweg entlang der Kremser Landstraße vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Anbindung der neuen Siedlung am Eisberg an das öffentliche Verkehrsnetz

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Die neue Siedlung am Eisberg westlich der Kunrathstraße wächst, doch die Anbindung an das Öffi-Netz ist bislang unzureichend. Speziell im Blick auf den Weg in die Schule oder den Bahnhof ist die Situation für viele Anrainerinnen und Anrainer unbefriedigend. Für die Stärkung nachhaltiger Mobilität und Senkung der Notwendigkeit, das eigene Auto zu nutzen, soll eine LUP-Anbindung in der kommenden Ausschreibung des Stadtbussystems Aufnahme finden.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bei der Ausschreibung des neuen Stadtbussystems die Anbindung der Siedlung an der Kunrathstraße vorzusehen.

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Mehr Mistkübel und Gackerl-Sackerl-Spender am Kupferbrunnberg

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Kupferbrunnberg ist als Wohngebiet sowohl bei Mensch als auch Tier beliebt. Besonders ersichtlich wird das in den Morgen- und Abendstunden, wenn die Hundehalter eine Runde mit ihren Vierbeinern drehen. Ein Problem dabei ist jedoch die fehlende Infrastruktur, um die Rückstände dieser Runden zu entfernen. Es fehlt ganz einfach an ausreichender Infrastruktur zur Abfallentsorgung: Mehr Mistkübel und Gackerl-Sackerl-Spender würden das Ortsbild verbessern, das Leben der Hundehalter vereinfachen und die Sauberkeit erhöhen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, die zusätzliche Aufstellung von Mistkübeln und Gackerl-Sackerl-Spendern am Kupferbrunnberg vorzunehmen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Aufnahme von Gesprächen mit der Diözese St. Pölten zur Zukunft des Pfarrhofs St. Georgen

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Pfarrhof St. Georgen bildet seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen sozialen Ankerpunkt im Ortsteil. Gleichzeitig steht das Gebäude vor einer unklaren Zukunft. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich, dass das Gebäude weiterhin eine zentrale Rolle im Ortsleben einnimmt. Die Idee eines Stadtteilzentrums – auch mit Angeboten für Jugendliche – wurde mehrfach an die Politik herangetragen. Um tragfähige Optionen entwickeln zu können, braucht es zeitnah Gespräche zwischen Stadt und Diözese über mögliche Kooperationsmodelle oder Nutzungsvarianten.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Juni 2026 Gespräche mit der Diözese St. Pölten über Zukunftsperspektiven des Pfarrhofs St. Georgen zu führen und dem Gemeinderat mögliche Modelle – insbesondere die Nutzung als Stadtteilzentrum mit Angeboten für Jugendliche – zur Entscheidung vorzulegen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Instandsetzung bzw. Neuerrichtung des Wertstoffsammelzentrums Pottenbrunn

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Das Wertstoffsammelzentrum in der Pergenstraße ist seit dem Hochwasserereignis außer Betrieb und wird nur eingeschränkt als Sperrmüllsammelstelle genutzt. Für viele Bürgerinnen und Bürger bedeutet das längere Wege, eingeschränkte Entsorgungsmöglichkeiten und steigende Belastungen für andere Sammelstellen. Gleichzeitig steht die Frage im Raum, ob eine zwischenzeitliche Instandsetzung am bisherigen Standort sinnvoller als das lange Warten auf den kompletten Neubau an der B1 wäre. Für planbare Entscheidungen braucht es jedenfalls eine fundierte Gegenüberstellung der Optionen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

- 1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis März 2026 eine Entscheidungsgrundlage über die Zukunft des Wertstoffsammelzentrums Pergenstraße vorzulegen – inklusive Varianten zur Wiederinstandsetzung, einer ausschließlichen Neuerrichtung an der B1 bei Pottenbrunn sowie einer Bewertung von Kosten, Kapazitäten und zeitlichen Abläufen.
- 2) Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, das Umfeld der Grünschnittsammelstelle in der Bahnhof-Siedlung in Pottenbrunn in einen annehmbaren Zustand wiederherzustellen.

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Modernisierung und Aufwertung des Spielplatzes an der Engelstorfer Straße in Stattersdorf

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Spielplatz an der Engelstorfer Straße liegt in unmittelbarer Nähe zum stark frequentierten Naherholungsgebiet und dem Traisenradweg. Trotz dieser attraktiven Lage bietet er aufgrund veralteter Spielgeräte, mangelnder Ausstattung und eingeschränkter Aufenthaltsqualität kein zeitgemäßes Freizeitangebot für Kinder und Familien. Um das Potenzial des Standortes voll auszuschöpfen und den Spielplatz wieder zu einem lebendigen Treffpunkt für Stattersdorf zu machen, ist eine Modernisierung notwendig.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 Varianten zur Modernisierung und Aufwertung des Spielplatzes an der Engelstorfer Straße vorzulegen, einschließlich neuer Spielgeräte, Aufenthaltsbereiche sowie allfälliger Fördermöglichkeiten.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Errichtung von Elternhaltestellen zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Schulumfeld

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der Hol- und Bringverkehr zu vielen Schulen im Stadtgebiet sorgt täglich in den Morgen- und Nachmittagsstunden für angespannte Situationen.

Ein Beispiel dafür ist die Volksschule Stattersdorf: Mangels geeigneter Haltemöglichkeiten halten viele Eltern direkt auf der Stattersdorfer Hauptstraße, was zu unübersichtlichen Verkehrssituationen, riskanten Wendemanövern über die Otto-Bauer-Straße und einem erhöhten Unfallrisiko führt. Die Polizei muss bereits regelmäßig Präsenz zeigen, um die Lage zu entschärfen.

Aber auch an anderen Standorten wie etwa der VS Grillparzer, der Mary-Ward-Schule sind die Probleme ähnlich gelagert. Klar definierte Elternhaltestellen bzw. sogenannte Kiss-and-Go-Zonen würde den Verkehrsfluss erleichtern, die Verkehrssicherheit erhöhen und die Schulkinder deutlich besser schützen.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis Mai 2026 eine Schulumfeldanalyse im Blick auf die Verkehrssicherheit und damit verbunden Vorschläge für die Errichtung von Elternhaltestellen vorzulegen, welche eine Standortprüfung, bauliche Maßnahmen und Verkehrsführung umfassen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG gem. §25 NÖ StROG

Gegenstand: Verbesserung der Einsehbarkeit und Sicherheit des Schutzweges bei der Karl-Maisel-Straße

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Der bestehende Schutzweg in der Karl-Maisel-Straße wird täglich stark genutzt – sowohl von Anrainerinnen und Anrainern als auch von Kindern und älteren Personen. Aufgrund der aktuellen baulichen Situation, eingeschränkter Sichtfelder sowie häufig parkender Fahrzeuge ist die Einsehbarkeit jedoch unzureichend. Dies führt regelmäßig zu gefährlichen Situationen, da Fußgängerinnen und Fußgänger den herannahenden Verkehr spät erkennen und umgekehrt Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker querende Personen erst sehr spät wahrnehmen. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer nachhaltig zu erhöhen, ist eine verkehrstechnische Neubewertung erforderlich.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis April 2026 Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Einsehbarkeit und Sicherheit des Schutzweges in der Karl-Maisel-Straße vorzulegen, einschließlich Sichtfeldfreilegungen, möglicher baulicher Anpassungen, Markierungsoptimierungen oder ergänzender Verkehrssicherheitsmaßnahmen.



volkspartei
st.pölten

DRINGLICHKEITSANTRAG **gem. §25 NÖ StROG**

Gegenstand: Verlegung des Schutzweges an der Stattersdorfer Hauptstraße

Begründung der Dringlichkeit & Inhalt des Antrages:

Seit längerem besteht der Wunsch der Bevölkerung, den bestehenden Schutzweg an der Stattersdorfer Hauptstraße in Höhe der Valkastraße zu verlegen. Im Blick auf den tatsächlichen Alltagsverkehr zeigt sich, dass dieser Schutzweg deutlich besser bei der Querungshilfe in der Nähe der Einfahrt zur Billa-Filiale situiert wäre. Dort würden nicht nur die Anrainerinnen und Anrainer östlich der Stattersdorfer Hauptstraße einen direkten Weg zum Nahversorger finden, sondern auch die Schülerinnen und Schüler eine deutliche Verbesserung am Schulweg erfahren.

Der Gemeinderat wolle im Sinne der Antragsbegründung beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten wird beauftragt, bis April 2026 die Verlegung des Schutzweges von der Stattersdorfer Hauptstraße/Valkastraße nach Norden zur Querungshilfe bei der Kreuzung der Stattersdorfer Hauptstraße mit der Zapletalgasse zu prüfen und den Gemeinderat über die Ergebnisse in Kenntnis zu setzen.